

Aktuelle Kostenentwicklung zum Projekt Faulturm bei der Kläranlage Schramberg im Gemeinderat vorgestellt

Bürgermeister Norbert Swoboda berichtete ausführlich zum derzeitigen Projektstand hinsichtlich des Faulturmes bei der Kläranlage Schramberg, an dem sich die Gemeinde kostenmäßig beteiligen muss. Er gab bekannt, dass die voraussichtliche Abrechnungssumme ca. 120.000 € über der geschätzten Kostenfortschreibung liegt. Dies entspricht ca. 5 % der voraussichtlichen Abrechnungssumme. Die Kostensteigerungen hätten sich hauptsächlich bei den Gewerken Bodenplatten und Lieferung/Montage ergeben. Das Gewerk "Bauarbeiten" habe ein zweites Mal ausgeschrieben werden müssen. Das günstigste Angebot lag dann dort bei 271.000 € und damit 60.000 € über der Kostenberechnung, war aber mit 23 % Überschreitung noch im zumutbaren Vergabebereich. Auch um weitere Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden und um nachfolgende Gewerke nicht zu gefährden wurde der entsprechende Zuschlag erteilt. Die Vergabe des Gewerks "Lieferung/Montage Faulturm" erfolgte mit Kosten, die ca. 65.000 € über der Kostenberechnung lagen. Dies entspricht einer Preisdifferenz von 5 %. Bei den Gewerken Stahlbau und EMSR-Technik konnten im Gegensatz zur Kostenberechnung bzw. Kostenfortschreibung von 2020 günstigere Ergebnisse erzielt werden. Bei diesen beiden Gewerken konnten ca. 68.000 € eingespart werden. Das besonders schwer belastete Aushubmaterial musste auf einer speziell hierfür geeigneten Deponie entsorgt werden. Die günstigste Anbieterin war hier die Firma Kaspar aus St. Georgen, die den Auftrag für 48.454 € erhielt. Insgesamt wurde im Wirtschaftsplan der Stadtwerke Schramberg für 2020 mit Kosten von 1,6 Millionen € für das Gesamtprojekt geplant. "Diese Summe für den Faulturm wird voraussichtlich für die in diesem Jahr abgerechneten Leistungen ausreichen. Die Restarbeiten und die anderen Gewerke werden nachzeitigem Kenntnisstand 2021 abgerechnet", erläuterte Bürgermeister Norbert Swoboda.

Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie im Gemeinderat

Über den derzeit aktuellen Sachstand zur Corona-Pandemie informierte Bürgermeister Norbert Swoboda die Mitglieder des Gemeinderates. Er teilte mit, dass die Grundschule Ende Juni wieder komplett mit allen Klassen und in voller Stärke in Betrieb gehen soll. Auch die Betreuung werde wieder angeboten. Laut Mitteilung der Schulleitung stehen bis auf 2 Religionskräfte alle Lehrkräfte für den Unterricht zur Verfügung, sodass dieser mit wenigen Abstrichen nahezu wie vor Corona stattfinden kann (ohne Religion und Schwimmen). Für die schnelle Information der Eltern wird eine Schulinfo-App mit Kosten von 576 € für die möglichst rasche Information an Eltern eingerichtet.

Ausführlich berichtete Bürgermeister Norbert Swoboda von der Ausstattung von Bund und Land im Bereich der Schulen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Als sehr erfreulich bezeichnete er die Tatsache, dass die Testungen durch das Gesundheitsamt im Bereich der Seniorenresidenz alle negativ waren, das heißt, dass zum Testzeitpunkt dort niemand infiziert war.

Anschließend ging er auf die Eckpunkte zur Aufnahme des Regelbetriebs im Bereich des Kindergartens ein. "Ziel ist die Rückkehr zum Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen ab dem 29.06.2020. Das Konzept soll auch für das gesamte Kindergartenjahr 2020/2021 gelten sofern das Infektionsgeschehen keine neuerlichen Einschränkungen erforderlich macht. Ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

bestehe weiterhin nicht. Der Regelbetrieb orientiere sich an der Betriebserlaubnis in Bezug auf die Anzahl der Gruppen, die Gruppengrößen und die Betreuungszeiten. Die Mindestpersonalanzahl könne um bis zu 20 % ohne Kompensation unterschritten werden, sofern die Aufsichtspflicht gesichert ist. Eine weitere Unterschreitung müsse dann durch geeignetes Personal kompensiert werden. Als letzte Möglichkeit komme die Reduzierung der Öffnungszeiten in Betracht. Abstandsregelungen für Kinder in der Kindertagespflege und im Kindergartenbereich bestünden nicht mehr, es sollen jedoch feste Gruppen möglichst ohne Durchmischung gebildet werden. Weiterhin sei ein Hygienekonzept vorzuhalten und umzusetzen.

Generell sei es immer noch so, dass die Flut der unzähligen Coronaverordnungen die Verwaltung mächtig beschäftige. Als Beispiel für die "Regelungswut" der Ministerien nannte er die neueste Änderungsverordnung für private Veranstaltungen. "Da wurde doch tatsächlich geregelt, dass auf Hochzeiten der Tanz des Brautpaares erlaubt ist, wenn die Tanzfläche so bemessen ist, dass mindestens 25 m² zur Verfügung stehen und sichergestellt ist, dass zwischen dem Brautpaar und den anderen Teilnehmern dauerhaft ein Abstand von mindestens 2,50 m eingehalten wird ". Er forderte von den Ministerien und der Ministerialbürokratie dringend, die Coronaverordnung den Lebensbedingungen anzupassen. In diesem Zusammenhang nannte er die Bedingungen in Großstädten, in denen Abstandsregeln oder Coronaverordnungen weitgehend nicht mehr eingehalten werden.

Rathaussplitter

Bürgermeister Norbert Swoboda bedankte sich bei Brigitte Gerger von Biggis Nähstühle, die für die Feuerwehr 100 Schutzmasken genäht hat. Zudem bedankte er sich bei der Narrengesellschaft "Hooriger Hund", die bei der Suchaktion für einen vermissten Sulzbacher Mitbürger ihr Zelt mit Heizung zur Verfügung gestellt hat. Zudem wurden die Helferinnen und Helfer mit Getränken versorgt.

Er gab bekannt, dass sich die fortgeschriebene Bevölkerungszahl der Gemeinde Lauterbach zum 31.12.2019 auf 2.879 Personen beläuft.

Er teilte mit, dass für die Umgestaltung der Einmündung der Kreisstraße in die Landesstraße im Bereich des Rathauses eine 8. Abschlagsrechnung eingereicht worden ist. "Die Schlussrechnung liegt nun auch vor, allerdings dauert es noch einige Wochen bis die einzelnen Kostenanteile von Gemeinde, Land und Landkreis auf die einzelnen durchgeführten Arbeiten verteilt und verrechnet werden können. Parallel hierzu prüft die Verwaltung und vergleicht mit den eingestellten Kosten im Haushaltsplan.

Er gab bekannt, dass hinsichtlich des Vorschlags von Stefan Weinmann bezüglich einer Neugestaltung im Bereich des geplanten Buswartehäuschens in der nächsten Sitzung voraussichtlich am 6. Juli über die weitere Vorgehensweise beraten werden soll.

Diesbezüglich liegen vorläufige Stellungnahmen der Fachbehörden vor, sodass nun weiter beraten bzw. entschieden werden kann.

Das Submissionsergebnis der beschränkten Ausschreibung beim Wasserspiel/Fontänenfeld ergab eine Vergabesumme von 45.728,13 €, den Auftrag erhielt die Firma Alois Müller Service GmbH aus Stuttgart. Das Ergebnis blieb unter der Kostenschätzung.

Er gab bekannt, dass die restlichen Arbeiten im Schulhof mit der Bemalung der Asphaltfläche durch die Firma Oehler, sowie der Fallschutzbelag durch die Firma Polytan erledigt worden sind. Vom Architekturbüro liege nun eine aktualisierte Kostenzusammenstellung für die Baumaßnahme "Sanierung Schulhof Grundschule und Freianlagen sowie Sanierung Schulgasse und Gehweg an der L 108" mit 802.140 € inklusive dem Architektenhonorar vor. Die Schlussrechnung sei zwischenzeitlich eingetroffen und werde derzeit geprüft. Der formelle Abnahmetermin steht noch aus. Hinsichtlich der Mehrkosten für die Kletterpyramide handle es sich nach Angaben des Architekturbüros um sogenannte "Sowieso-Kosten", d. h. die Kosten wären auch entstanden, wenn von Anfang an alle notwendigen Informationen vorhanden gewesen wären. "Der Gemeinde sind somit keine zusätzlichen Kosten entstanden, weil zum Beispiel das alte Gerät vom Zwischenhändler kostenlos zurückgenommen wurde. Er kündigte an, dass hinsichtlich des Parkens im Schulhof und des Aufstellens von Zelten noch eine Besprechung mit den betroffenen Vereinen durchgeführt wird.

Die Sofortmaßnahme Felssicherung beim Rabenfelsen habe 13.600 € gekostet. Die Kostenaufteilung zwischen Eigentümer, Landkreis und Gemeinde müsse noch festgelegt werden.

Weiter unterrichtete Bürgermeister Norbert Swoboda die Mitglieder des Gemeinderates vom derzeitigen Sachstand hinsichtlich des Ausbaus der Kreisstraße von der Einmündung Sportplatz bis zum Bauhoflagerplatz Hölzle. Der Kreistag habe den nicht unerheblichen Mehrkosten beim Ausbau dieses 1. Bauabschnittes zugestimmt. "Derzeit warten der Landkreis und wir auf die Bewilligung durch das Regierungspräsidium Freiburg hinsichtlich der Zuschussmittel. "Wir gehen davon aus, dass ein frühestmöglicher Baubeginn somit erst nach den Handwerkerferien oder den Schulferien sein wird. Erst nach der Vergabe und dem Bietergespräch mit der ausführenden Baufirma wird klar sein ob die Baufirma die Baumaßnahme in Abschnitten oder mit mehreren Kolonnen durchziehen kann. Sobald dies feststeht, kann die umfassende Bürger- und Anwohnerinformation erfolgen. Sicher ist, dass aufgrund der Baumaßnahme kein Busverkehr stattfinden kann. Kinder müssten demnach entweder ins Dorf oder auf den Föhrenbühl zur Bushaltestelle gebracht werden." Auch hier erfolgt noch eine Abstimmung mit der SBG. Auch mit allen sonstigen Beteiligten wie Feuerwehr und Rettungsdiensten, Telekommunikationsunternehmen etc. erfolgt nochmals eine eingehende Besprechung. Unabhängig hiervon wurde die Telekom erneut gebeten, sämtliche Häuser im Bauabschnitt mit Glasfaser ins Gebäude zu versorgen, zumal auch die EnBW ihre Dachstände abbauen wird und die Stromversorgung, wie auch die Hausanschlüsse für die Wasserversorgung im Zuge der Baumaßnahme erneuert werden.

Bürgermeister Norbert Swoboda freute sich, dass in den letzten Wochen dem Kunstverein "Wilhelm Kimmich" insgesamt 6 Bilder als Dauerleihgaben zur Verfügung gestellt worden sind. "Dies ist sicher auch ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit des Vereins und die nun begonnene Sanierung der Galerie", sagte er.

Er gab bekannt, dass das IBG-Camp in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen muss. "Damit der gemeinnützige Verein seine laufenden Unkosten trotz der Coronakrise tragen kann, haben wir eine Stornogeühr gezahlt, die aber mit dem Camp im Jahr 2021 wieder verrechnet werden kann".

Bürgermeister Norbert Swoboda unterrichtete die Mitglieder des Gemeinderates von der halbjährlichen Besprechung mit Vertretern der Kirchengemeinden der Geschwister-Heine-Stiftung. Sehr positiv sei der Rechnungsabschluss ausgefallen. Außerdem habe Kindergartenleiterin Theresia Buchholz ausführlich zum derzeitigen Stand im Kindergarten auch hinsichtlich der Corona-Pandemie berichtet. Zum 29. Juni 2020 sei der volle Betrieb wieder geplant. Außerdem seien verschiedene bauliche Maßnahmen, auch die Erstellung einer Zaunanlage besprochen worden. Im Bereich des Kindergartens ist zudem der Einbau einer neuen Heizung geplant. Eine Anbindung an das Sportheim kann aufgrund der hohen Kosten nicht empfohlen werden. Insgesamt bezeichnete Bürgermeister Norbert Swoboda die Kindergartengebäude als in einem sehr guten Zustand.

Bei den Terminen verwies er auf den vorgesehenen Baubeginn der Arbeiten mit der Gestaltung der neuen Ortsmitte und dem Rathausplatz am kommenden Montag 22.06.2020. Zudem gab er bekannt, dass sich der Gemeinderat am 30.06.2020 um 18:00 Uhr zu einer Sondersitzung trifft. Thema ist die Sanierung der Galerie "Wilhelm Kimmich" mit einem Beschluss über die mögliche Erstellung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Galerie. Zu diesem Besichtigungs- und Beratungstermin werden die jeweiligen Planer anwesend sein.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass eine Anfrage von Erich Fehrenbacher zwischenzeitlich mit dem Revierförster Herrn Braun besprochen worden ist. "Dieser rät von der Anbringung einer Schranke im Bereich des neuen Forstweges im Bereich Rotwasser ab. Zunächst soll dort die Situation beobachtet werden". Sofern sich diese hinsichtlich der Motorradfahrer nicht bessert, könne zu einem späteren Zeitpunkt immer noch eine Schranke angebracht werden.

Bauhofleiter Felix Belke unterrichtet die Mitglieder des Gemeinderates von einem Besprechungstermin hinsichtlich der Sanierung der neuen Ortsmitte mit dem Rathausvorplatz. Er kündigte den Baubeginn hierfür für Montag 22. Juni 2020 an. Ausführlich erläuterte er die geplante Vorgehensweise der beauftragten Baufirma. Er teilte mit, dass die betroffenen Anlieger kurzfristig noch unterrichtet werden. Mit der noch ausstehenden verkehrsrechtlichen Anordnung wird auch die Verkehrsführung für die Fußgänger geregelt.

Im Rahmen der Anfragen erkundigte sich Erich Fehrenbacher nach einer Erweiterung des Streckennetzes für die Müllabfuhr in Sulzbach. Diesbezüglich liegt noch keine Antwort der Abfuhrfirma bzw. des Abfallamtes vor.

Außerdem regte Erich Fehrenbacher eine Überprüfung für eine mögliche Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Landesstraße auf Höhe der Abzweigung Käppeleshof an. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte hierzu mit, dass bereits zu früherer Zeit dort eine entsprechende Anfrage abgelehnt worden ist, da der Bereich gut überschaubar ist.

Auf Anfrage von Erich Fehrenbacher bestätigte Bauhofleiter Felix Belke, dass der am Schulgebäude angebrachte Kran für die Ascheentsorgung noch benötigt wird.

Sonja Rajsp bat zu überprüfen, ob der Sportplatz für die Öffentlichkeit wieder geöffnet werden kann.

Zudem sprach sie die mögliche attraktive Gestaltung im vorderen Bereich des Rathausvorplatzes zur Landesstraße hin an und regte an, nochmals mit der Hochschule Furtwangen in Kontakt zu treten. Bürgermeister Swoboda teilte hierzu mit, dass die Hochschule derzeit geschlossen ist und dass sich der zuständige Mitarbeiter erst in ca. 4 Wochen rückmelden wird.

Doris Moosmann regte an, die Gestaltung in eben diesem Bereich mit in das Projekt "Unser Dorf hat Zukunft" einzubinden.

Rolf Buchholz lobte die Anbringung der gemeindlichen Geschwindigkeitsmeßtafel im Bereich der Einmündung der Pfarrer-Sieger-Straße. "Dort wird nicht nur die Geschwindigkeit auf der Landesstraße, sondern sogar bei Fahrzeugen, die in die Pfarrer-Sieger-Straße einbiegen gemessen," sagte er. In diesem Zusammenhang teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass die Gemeindeverwaltung beim Landratsamt Rottweil angeregt hat, Geschwindigkeitsmessungen auch in den 30-er-Zonen am Talweg und in der Haupt- und Hornberger Straße durchzuführen.

Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung neu gefasst

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass es aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie Sinn macht, die Bekanntmachungssatzung zur Rechtssicherheit von öffentlichen Bekanntmachungen gerade in Krisenzeiten neu zu fassen. "Die bisherige Bekanntmachungssatzung in der Fassung von 1970 erlaubt die Bekanntmachungen ausschließlich im Amtsblatt "Bürger und Gemeinde". Grundsätzlich soll dies auch weiterhin so sein, allerdings erlaubt die neue Bekanntmachungssatzung unter bestimmten Voraussetzungen weitere Möglichkeiten, wie die Homepage und notfalls auch die Bekanntmachung durch Anschlag an der Verkündungstafel," berichtete er. Er gab zu bedenken, dass der Satzungstext im Wesentlichen den Bekanntmachungssatzungen anderer Gemeinden, die derzeit ebenfalls anpassen, entspricht. "Außerdem wurde der Entwurf der Satzung bereits mit dem Landratsamt - Kommunalamt - abgestimmt."

Der Gemeinderat beschloss dann die neue Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen (Bekanntmachungssatzung). Diese wird in einem der nächsten Amtsblätter bekannt gemacht.

Gemeinderat fast Beschluss zur Gliederung der Teilhaushalte zum neuen kommunalen Haushaltsrecht

Kämmerer Alexander Hofer teilte mit, dass die Gemeinde Lauterbach bekanntlich zum 01.01.2020 das Finanzsystem auf das neue kommunale Haushaltsrecht umgestellt hat. "Gemäß der Gemeindehaushaltsverordnung ist der Gesamthaushalt in Teilhaushalte zu gliedern. Die Teilhaushalte sind produktorientiert zu bilden. Sie können nach den vorgegebenen Produktbereichen oder nach örtlichen Organisationen gebildet werden. Mehrere Produktbereiche können zu einem Teilhaushalt zusammengefasst werden. Bei der Gliederung nach der örtlichen Organisation wäre zum Beispiel pro Amt ein Teilhaushalt zu bilden. Dies ist vor allem für große Verwaltungen geeignet. Deshalb wurden in Lauterbach die Teilhaushalte nach Produktbereichen gegliedert. Die Mindestzahl der Teilhaushalte liegt bei 2. Da in SAP Smart drei Teilhaushalte standardmäßig vorgegeben sind, schlage ich vor, diese so zu übernehmen", berichtete er. Er schlug vor, die 3 Teilhaushalte Innere Verwaltung, Dienstleistungen und Infrastruktur und allgemeine Finanzwirtschaft zu bilden. Zudem sind die Teilhaushalte in einen Ergebnis- und Finanzhaushalt zu gliedern. Jeder Teilhaushalt bildet mindestens eine Bewirtschaftungseinheit (Budget).

Der Gemeinderat konnte abschließend der Bildung der Teilhaushalte nach Produktbereichen gegliedert, zustimmen. Zudem wurde die Zustimmung für die Bildung der 3 Teilhaushalte Innere Verwaltung, Dienstleistungen und Infrastruktur sowie allgemeine Finanzwirtschaft erteilt.

Gemeinderat stimmt drei Baugesuchen zu

Den in der Gemeinderatssitzung vorliegenden drei Baugesuchen konnte der Gemeinderat zustimmen.

Auf Flurstück 985 ist der Wiederaufbau des Gebäudes Finsterbacherhof 2 geplant. Beim Gebäude Talweg 28, auf Flurstück 935/24 ist der Neubau eines Carports mit Terrasse und der Einbau einer Dachgaube vorgesehen. Vom Bebauungsplan "Hölzleshof" waren insgesamt drei Befreiungen erforderlich. Zudem lag dem Gemeinderat ein Baugesuch auf Flurstück 964 beim Gebäude Wursthof 11 für ein Gebäude zum Einbau einer Hackschnitzelanlage vor. Sämtliche Baugesuche werden nun vom zuständigen Landratsamt Rottweil abschließend bearbeitet.

Gemeinde nimmt am Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teil

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass der Landkreistag sowie der Städtetag zusammen mit dem Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zur Teilnahme am 27. Landeswettbewerb 2020-2022 "Unser Dorf hat Zukunft" aufgerufen hat. "Teilnahmeberechtigt sind räumlich geschlossene Gemeinden oder Gemeindeteile mit überwiegend dörflichem Charakter mit bis zu 3.000 Einwohnern. Im Gegensatz zu früheren Dorfwettbewerben wurde aus dem 4-stufigen jetzt ein 3-stufiger Aufbau entwickelt, d. h. die Kreisentscheide fallen weg. Stattdessen wird der Kreisentscheid und der Bezirksentscheid zu einem Bezirksentscheid zusammengefasst. Die Federführung dafür liegt beim zuständigen Regierungspräsidium," berichtete er. Er gab bekannt, dass erstmals jede teilnehmende Gemeinde eine Aufwandsentschädigung von 3.000 € erhält. Aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie wurde die Anmeldefrist für den Wettbewerb bis zum 31.12.2020 verlängert.

Anschließend ging er ausführlich auf die Ziele des Wettbewerbes und die Chancen für die Dörfer sowie die Teilnahmebedingungen ein. "Bereits in den vergangenen Jahren wurden bei uns zahlreiche Projekte mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Vereine sowie Jugendlichen auf den Weg gebracht. Hinsichtlich der Entwicklung von Zukunftsperspektiven können Konzepte und entsprechende Projektideen in Zukunftswerkstätten erarbeitet werden. Beispiele für Beteiligungsversuche sind "Zukunft der Jugend" als Impulsgeber für junges Engagement, naturnahes und vielfältiges, Grün in Natur und Landschaft, Mobilität im ländlichen Raum, Strukturförderprogramme und gemeindliche Projekte wie Sanierungen und Platzgestaltungen."

Er gab zu bedenken, dass in Lauterbach in den letzten Jahren bereits vieles schon umgesetzt worden ist. Zudem verwies er auf eine sehr starke Vereinslandschaft. Mit der Teilnahme könne auch ein deutliches Zeichen "dass ein Dorf nicht stirbt, sondern dass ein Dorf Zukunft hat" gesetzt werden.

Doris Moosmann begrüßte eine mögliche Teilnahme ausdrücklich und bat, die Bürgerinnen und Bürger möglichst stark "mit ins Boot zu nehmen". Auf Ihre Anfrage hin bestätigte Bürgermeister Norbert Swoboda, dass es durchaus möglich ist, eine externe

Moderation einzubeziehen. Möglich ist, dass in verschiedenen Teilgruppen Ideen entwickelt werden, die durch eine externe Unterstützung koordiniert werden können. Hubert Nagel bat, die Vereine in Lauterbach mit einzubinden. "Viele, bereits sehr gut laufende Dinge können zu einer sehr positiven Gesamtdarstellung Lauterbachs zusammengefasst werden und würden dazu beitragen, negative Stimmungsbilder, die in manchen Köpfen vorherrschen, entgegenzuwirken. Auch Sonja Rajsp befürwortete die Teilnahme am Landeswettbewerb ausdrücklich. "Die Lauterbacher Bevölkerung ist zu begeistern und wird sicher in entsprechender Weise mitarbeiten. Ich könnte mir vorstellen, dass im Rahmen dieses Wettbewerbes auch eine Lösung für die Wiederbelebung des "Haus des Gastes" erreicht werden kann. Sie bat zur Unterstützung der Verwaltung einen externen Berater für die Moderation hinzuzuziehen. Auf Anfrage von Rolf Buchholz erläuterte Bürgermeister Norbert Swoboda das Procedere bei der Bewertung. Es gebe eine Bewertungskommission, die letztlich die eingereichten Unterlagen bewertet, sich aber auch ein Bild vor Ort machen und Gespräche mit allen Beteiligten, sei es Verwaltung, Gemeinderat aber auch Bürger führen wird.

Der Gemeinderat beschloss letztlich einstimmig, am Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" mit dem Wettbewerb von 2020-2022 teilzunehmen.

Antrag von "Fair in die Zukunft e.V." für die Zurverfügungstellung des Daches des "Haus des Gastes" für eine Photovoltaikanlage wird zurückgestellt

Vom Verein "Fair in die Zukunft e.V." lag dem Gemeinderat ein Antrag für die Zurverfügungstellung des Daches des "Haus des Gastes" für eine Photovoltaikanlage vor. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass der Verein mit der Anlage vor allem den Strombedarf des Restaurants decken wolle. "Etwaig mehr produzierter bzw. zum Produktionszeitraum nicht benötigter Strom soll eingespeist werden, dafür gäbe es dann eine Vergütung der Netze BW. Erlöse kämen unmittelbar dem Vereinszweck zugute. Der Verein habe mitgeteilt, dass die privaten Eigentümer des Gebäudes Schramberger Straße 9 bereits zugestimmt hätten. Um die Anlage zu optimieren und auf eine optimale Größe von 27 KW zu bringen, bräuchte der Verein das Dach des "Haus des Gastes", Gebäude Schramberger Straße 7. Der Verein habe nun angefragt, ob die Gemeinde das Dach des "Haus des Gastes" für die Installation zur Verfügung stelle. Als Betreiber sei der gemeinnützige Verein vorgesehen. Falls gewünscht, sei eine Bürgerbeteiligung möglich. Sollte das Begegnungsrestaurant schließen, würde der Strom falls möglich und erwünscht dem Nachfolger angeboten oder vollständig eingespeist werden. Insgesamt wäre damit auch ein Beitrag zur Energiewende von unten geleistet. Das Betreiben der PV-Anlage sei auf mindestens 20 Jahre ausgelegt.

Nach dem Eingang des Antrags habe die Verwaltung zunächst die Dacheindeckung des Gebäudes Nummer 7 prüfen lassen. Dies sei über Mithilfe eines örtlichen Fachmanns und des Bauhofes mit der Hubarbeitsbühne geschehen. Die Dacheindeckung des Gebäudes 7, übrigens auch des Gebäudes 5 und 9, stammt aus dem Jahr 1988 und ist damit 32 Jahre alt. "Die Begutachtung bei beiden Gebäuden also dem Rathaus und dem "Haus des Gastes" habe ergeben, dass die Ziegeleindeckung am Rathaus sich in einem relativ schlechten Zustand befindet und dass die Eindeckung beim "Haus des Gastes" zwar ein wenig besser aussieht jedoch selbst dort nur noch mit einer Lebensdauer von

ca. 5 Jahren gerechnet werden kann. Bereits jetzt ist es so, dass ein Betreten des Daches problematisch ist, da befürchtet werden muss, dass Ziegel brechen. Im Rathaus besteht eher noch kurzfristiger Handlungsbedarf ", erläuterte er.

Aufgrund dieser Sachlage mache es aus Sicht der Verwaltung wenig Sinn, bereits jetzt über die Zurverfügungstellung des Daches zu entscheiden. Aufgrund der Untersuchung wurde empfohlen, bald Kosten einzuholen um die entsprechende Mittel für die Neueindeckung der beiden Dächer in einem der kommenden Haushalte einstellen zu können. Zudem könnten bzw. müssten auch weitere Kostenschätzungen in Auftrag gegeben werden. Im Rathausbereich und gegebenenfalls im Bereich des "Haus des Gastes" stehen mittelfristig noch weitere Sanierungen (Außensanierung/Wärmeschutz, behindertengerechter Zugang/Aufzug, neue Heizungsanlage etc.) an.

Im Zuge der Neueindeckung könne dann entschieden werden und im Falle einer positiven Entscheidung zugunsten des Antrages von "Fair in die Zukunft e.V." könnten dann Synergie-Effekte (Gerüststellung, Leitungsverlängerungen etc.) im Zuge der Sanierungsmaßnahme genutzt werden.

Zudem wies Hauptamtsleiter Andreas Kaupp darauf hin, dass derzeit Untersuchungen hinsichtlich der Nutzung der Dachflächen, die sich in Gemeindebesitz befinden durch die örtliche Firma SVBO Solar stattfinden. "Vorgesehen ist, dass die Ergebnisse hierzu in der Septembersitzung 2020 präsentiert werden. Gerade die Dachfläche des Gebäudes Nummer 7 könnte aufgrund der Ausrichtung durchaus auch für die Gemeinde selbst interessant sein ", berichtete er.

Georg Buchholz bezeichnete die ursprüngliche Ziegeleindeckung als relativ hochwertig. Überraschend habe sich aber herausgestellt, dass sich die Eindeckung in einem relativ schlechten Zustand befindet. An zahlreichen Stellen seien bereits Absplitterungen vorhanden und Ziegel seien porös, sodass er aus seiner Sicht die Anbringung einer PV-Anlage auf der bestehenden Eindeckung nicht anraten könne. Bauhofleiter Felix Belke unterstützte diese Aussage. Der Bauhof habe in letzter Zeit im Bereich der Dachrinnen zahlreiche Absplitterungen von Ziegeln in einem doch erheblichen Umfang entfernt. Aufgrund der geschilderten aktuellen Situation zog dann Sonja Rajsp im Namen des Vereins "Fair in die Zukunft e.V." den Antrag zurück und bat, diesen zunächst zurückzustellen.

Naturpark Schwarzwald will mit Info-Tour und Ideen-Werkstatt Planungen für den Naturpark 2030 vorantreiben

Der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V. habe, so Bürgermeister Norbert Swoboda, begonnen den Naturparkplan 2030 zu erarbeiten. "In einem umfangreichen Dialogprozess will man mit den unterschiedlichen Zielgruppen wie Mitgliedern, Gemeinderäten, Unternehmen und Engagierten im Naturpark ins Gespräch kommen und das strategische Handlungskonzept für die kommenden 10 Jahre erarbeiten. Dazu ist eine Info-Tour und eine Ideenwerkstatt geplant, zu dem auch Mitglieder des Gemeinderates eingeladen sind. Aufgrund der Corona-Pandemie mussten leider vereinbarte Termine verschoben werden. Trotzdem hat der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V. gebeten, die Mitglieder des Gemeinderates in einer Ratssitzung grundsätzlich zu informieren und lädt zu einer öffentlichen Veranstaltung am 23.09.2020 in Loßburg ein.

Grundsätzlich lobte Bürgermeister Norbert Swoboda die Zusammenarbeit mit dem Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V. Die zahlreichen Projekte, die in der

zurückliegenden Zeit seit der Gründung des Vereins angestoßen und umgesetzt wurden, könnten sich sehen lassen“, lobte er. Hubert Nagel lobte grundsätzlich die Vorgehensweise zum Naturparkplan 2030 und erklärte sich bereit, an der Infoveranstaltung teilzunehmen. Doris Moosmann lobte ebenfalls die Ideen und Projekte des Vereins. Hier nannte sie die Naturparkwirte, die Ausbildung zum Schwarzwald-Guide und vieles mehr. "Ich könnte mir vorstellen, dass ein Schwerpunkt beim Naturpark Schwarzwald/Mitte/Nord die regionale Vermarktung sein könnte. Diese ist für mich, jeweils vor Ort, noch ausbaufähig. „Toll wäre es, wenn an noch viel mehr Orten Regionales angeboten werden würde“.

Diese Anregung soll gleich mit in die Naturparkplanung 2030 einfließen. Als Vertreter des Lauterbacher Gemeinderates wird Hubert Nagel an der angekündigten Infoveranstaltung für Gemeinderäte teilnehmen.